Spätes Gären zwischen Berlin und Jerusalem

von Reiner Bernstein[1]

Wir wissen nicht, was bei den vierten deutsch-israelischen Regierungskonsultationen exakt diskutiert oder gar entschieden worden ist. Für Angela Merkels Zusage weiterer Stipendien und der Förderung des Jugendaustauschs brauchte es keine zweitägigen Beratungen auf höchster Ebene. Jedenfalls lieferten sie keine Antworten auf die tiefe Frustration in der deutschen Öffentlichkeit – und nicht nur hier – aufgrund der Politik Israels gegenüber den Palästinensern. Dagegen war höchst ungewöhnlich, dass der Staatsgast schon im Vorfeld seines Besuchs die Kanzlerin öffentlich kritisierte. Persönliches Vertrauen sieht anders aus.

Zweifellos hatte Benjamin Netanjahu mit der Bemerkung Recht, dass der Konflikt mit den Palästinensern älter ist als die territorialen Ergebnisse des Junikrieges 1967. Ihm ist auch darin zuzustimmen, dass die arabische Welt lange das als ethnisch-religiöses Implantat abgelehnte zionistische Siedlungswerk nicht anerkennen wollte. Die Imagination einer „zionistischen Entität“, der beim nächsten Waffengang der Garaus gemacht werde, war stärker als die Anerkennung eines neuen souveränen Staates in der Region. Seine Regierungen in Jerusalem hätten allen Grund gehabt, das Konfrontationsdenken in der Nachbarschaft zu neutralisieren.

Die Zeiten der arabischen Ablehnung haben sich endgültig mit der Beiruter Friedensinitiative vom März 2002 geändert, die Israel einen umfassenden Frieden im Falle seines Rückzugs auf die „Grüne Linie“ vor 1967 anbot, während von innen das palästinensische Team im Rahmen der Genfer Initiative eine faire Regelung für alle zentralen

[1] Abgeschlossen am 07. Dezember 2012. Mitschrift der gemeinsamen Pressekonfernez am 06.12.2012 in der Menüleiste „Erklärungen und Interviews“ der Homepage www.reiner-bernstein.de. Vgl. auch die Eintragungen in der Menüleiste „Chronologie“ dieser Homepage.

Probleme befürwortete. Gleichwohl ließ Netanjahu sich in Berlin den Hinweis nicht nehmen, dass er die Politik seiner Vorgänger in den letzten 45 Jahren lediglich fortsetze, die sich in den drei Neins niederschlug: keine Anerkennung des politischen Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser; keine Verhandlungen auf nationaler Augenhöhe und kein Frieden zwischen zwei Staaten.

Für die deutsche Politik gilt: Wer wie Entwicklungsminister Dirk Niebel und die Kanzlerin („Israel entscheidet selbst“) den Siedlungsbau als eine souveräne Entscheidung Israels würdigt, bestätigt die Jerusalemer Kritik an der deutschen Stimmenthaltung in der UN-Vollversammlung. Ist dies die geltende Linie, hätte das Votum Berlins folgerichtig die israelische Lesart unterstützen müssen, wonach die palästinensischen Gebiete längst kein „umstrittenes Territorium“ mehr sind. Warum sollte man dann den israelischen Botschafter ins Auswärtige Amt einbestellen…

Dass Marrti Ahtisaari und Mary Robinson nach ihrem desillusionierenden Besuch in Israel und in der Westbank vorgeschlagen haben, die Europäische Union solle Produkte aus den jüdischen Siedlungen bei Einfuhr in den EU-Raum kennzeichnen, um nicht länger die „Milliardenhilfen … in die palästinensische Staatenbildung“ verpuffen zu lassen, spiegelt die Ernüchterung wider, der sich selbst international renommierte Persönlichkeiten nicht mehr entziehen können. Oder gelten Stimmen wie die des ehemaligen finnischen Staatspräsidenten sowie der früheren irischen Ministerpräsidentin und späteren UN-Hochkommissarin für Menschenrechte nicht mehr, weil sie aus der Tagespolitik ausgeschieden sind?

Die Wahrheit liegt nicht in der Mitte

Aus Gründen der innenpolitischen Glaubwürdigkeit muss Machmud Abbas nach der UN-Aufwertung nunmehr im Sicherheitsrat darauf drängen, dass die „destruktiven expansionistischen Entscheidungen und alle Formen der Siedlungsaktivitäten“ beendet werden. Bleibt diese Verpflichtung zugunsten der Palästinenser aus, wären die negativen Voraussetzungen bestätigt, die das Benjamin Netanjahu nahestehende „Jerusalem Center for Public Affairs“ unter Führung des früheren UN-Botschafters Dore Gold noch einmal aufgezählt hat: Sie verfügen über kein geeintes Territorium; sie haben kein politisch verantwortliches Regiment, und ihnen fehlt die Befähigung, internationale Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten einzugehen[2].

Bleibt diese Bestandaufnahme gültig, ist sie nichts weniger als eine Ohrfeige für jene Regierungen, die permanent der Frage aus dem Wege gehen, warum diese Bedingungen nicht erfüllt worden sind, und stattdessen auf die überholte UN-Resolution 242 vom November 1967 und auf die gescheiterten Osloer Vereinbarungen der 1990er Jahre als Leitlinien verweisen, in denen von einer künftigen palästinensischen Staatlichkeit nicht die Rede ist.

Der Premier hat offen erklärt, dass im zwölf Quadratkilometer großen E-1-Korridor zwischen Jerusalem und der Großsiedlung Maale Adumim, der die Westbank in zwei Teile zerschneidet, an Abstriche nicht zu denken sei. Die Effizienz des gegenwärtigen Berliner Unmuts verbleibt mithin im Stadium der Gärung. Wie wäre es, wenn die Kooperation in bestimmten bilateralen Bereichen mit tatsächlichen Fortschritten im politischen Friedensprozess verknüpft würde? Die Idee ist alt, ist aber an israelischen Widerständen

[2] Vgl. in diese Richtung den Beitrag von Alan Baker „No Palestinisn state has been created“, in „Haaretz“ 11.12.2012 und dazu die Eintragung am selben Tag in der Menüleiste „Chronologie“ dieser Homepage.

gescheitert. Die Bundesregierung sollte sich entscheiden, statt in Unschlüssigkeit zu verharren.

Ein neues Strategiepapier palästinensischer Intellektueller hat sich zwar dagegen verwahrt, die von der Besatzungsmacht geschaffenen „illegitimen Tatsachen“ zu akzeptieren. Doch kommen auch sie über Beschwörungen der nationalen Einheit kaum hinaus. Zu groß scheint die Unsicherheit darüber zu sein, wie mit Mitteln des friedlichen Widerstandes den „facts on the ground“ mit 500.000 Siedlern in allen Teilen der palästinensischen Gebiete sowie der Kontrolle von mehr als 60 Prozent der Westbank beizukommen ist. Die internationale Politik spielt dieser Erweiterung in die Hände, indem sie das Wort vom „jüdischen Staat“ statt vom „Staat Israel“ im Munde führt. Die Einzeichnung der „Grünen Linie“ ist längst aus dem offiziellen Kartenmaterial verschwunden und hat der Grenzziehung am Jordan Platz gemacht.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-